



Detailansicht des Regelungsvorhabens

Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer IP- Adressspeicherung und Weiterentwicklung der Befugnisse zur Datenerhebung im Strafverfahren

Aktuell seit 03.09.2026 16:29:53

Angegeben von:

D64 - Zentrum für digitalen Fortschritt e.V. (R000251) am 03.02.2026

Beschreibung:

Am 22. Dezember 2025 hat das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz einen Referentenentwurf zur Einführung einer dreimonatigen Speicherpflicht für IP-Adressen veröffentlicht. Während wir begrüßen, dass die verfassungs- und europarechtlich unhaltbare präventive Speicherung von Standort- und Verkehrsdaten endlich aus dem Gesetz gestrichen werden soll, bleiben die neuen Eingriffe ein fatales Signal für den Schutz der Grundrechte im digitalen Raum. Statt anlassloser Massenüberwachung fordert D64 grundrechtsschonende Alternativen: Die Login-Falle ermöglicht effektive Strafverfolgung bei Cybergrooming oder Hassrede, ohne alle unter Generalverdacht zu stellen. Alternativen sind auch Quick-Freeze und gezielte Sicherungsanordnungen statt Speicherpflicht,

Zu Regelungsentwurf

1. Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/6581 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer IP-Adressspeicherung und Weiterentwicklung der Befugnisse zur Datenerhebung im Strafverfahren

Zuständiges Ministerium: BMJV [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMJV): Gesetz zur Einführung einer IP-Adressspeicherung und Weiterentwicklung der Befugnisse zur Datenerhebung im Strafverfahren (Vorgang)

Betroffene Interessenbereiche (10)

Cybersicherheit [\[alle RV hierzu\]](#)
Datenschutz und Informationssicherheit [\[alle RV hierzu\]](#)
Digitalisierung [\[alle RV hierzu\]](#)
Extremismusbekämpfung [\[alle RV hierzu\]](#)
Internetpolitik [\[alle RV hierzu\]](#)
Kommunikations- und Informationstechnik [\[alle RV hierzu\]](#)
Kriminalitätsbekämpfung [\[alle RV hierzu\]](#)
Massenmedien [\[alle RV hierzu\]](#)
Meinungs- und Pressefreiheit [\[alle RV hierzu\]](#)
Opferschutz [\[alle RV hierzu\]](#)

Betroffene Bundesgesetze (3)

StPO [\[alle RV hierzu\]](#)
TKG 2021 [\[alle RV hierzu\]](#)
DDG [\[alle RV hierzu\]](#)

Zu diesem RV abgegebene grundlegende Stellungnahmen/Gutachten (1)

1. [SG2602030013](#) (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 30.01.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) [\[alle SG dorthin\]](#)